

Schulz, Erika

Article — Digitized Version

Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungs- entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schulz, Erika (1990) : Veränderte Rahmenbedingungen für die
Vorausberechnung der Bevölkerungs-
entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland,
Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 59, Iss.
2/3, pp. 169-183

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/140996>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

von Erika Schulz

1. Ausgangslage

Zahl und Struktur der Bevölkerung werden verändert durch Geburten, Sterbefälle und grenzüberschreitende Wanderungen. Obwohl die Zahl der Geburten seit 1986 wieder steigt, reichen die Geburten nicht aus, um den Verlust der Bevölkerung durch die Zahl der Gestorbenen auszugleichen. 1988 etwa wurden 677 000 Kinder geboren, gleichzeitig starben jedoch 688 000 Personen. Ausgeglichen wird dieses Geburtendefizit durch die Zuwanderungen in das Bundesgebiet, die seit 1985 wieder höher sind als die Abwanderungen. Über zwei Jahrzehnte wurde die Diskussion über die Wanderungsbewegungen geprägt durch den Zuzug ausländischer Arbeitnehmer und den Nachzug der Familienangehörigen. Dies hat sich mit dem Anstieg der Zuwanderung von Aussiedlern und Übersiedlern schlagartig geändert¹.

Nach der Bevölkerungsvorausschätzung des DIW im Jahr 1988 wurden vom Statistischen Bundesamt die ersten Ergebnisse der Volkszählung 1987 vorgelegt. Die Auswertung der Volkszählung 1987 erbrachte eine — zuvor nicht erwartete relativ gute Übereinstimmung der Ergebnisse mit den Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung. Es ergaben sich für die Zahl der Einwohner lediglich Differenzen von — 0,1 Prozent bzw. 70 000 Personen. Aber schon bei einer Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit fallen die Unterschiede deutlich höher aus. In bezug auf die ausländische Bevölkerung beträgt der Fehler bei der Fortschreibung minus 12 Prozent. Dieser Fehler pflanzt sich in den demographischen Kennziffern fort, die sich auf die fortgeschriebene Bevölkerung beziehen, wie die Geburtenziffern. Die Differenzen zwischen der Bevölkerungsfortschreibung und den Volkszählungsergebnissen bezüglich der Bevölkerungsstruktur erforderten daher eine Korrektur der langen Reihen der Bevölkerungsentwicklung und der dazugehörigen demographischen Kennziffern.

2. Korrektur der Bevölkerungsfortschreibung

Die Zahl der Deutschen war zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 insgesamt um 489 000 höher als nach der

Fortschreibung erwartet wurde, davon waren 283 000 Männer und 206 000 Frauen. Bei den Ausländern wurden bei der Volkszählung 566 000 Personen weniger registriert, davon waren 262 000 Männer und 304 000 Frauen. Bezogen auf die fortgeschriebene Bevölkerung betragen die Abweichungen bei den deutschen Männern +1,1 vH und bei den deutschen Frauen +0,7 vH (Deutsche insgesamt 0,9 vH). Bei den Ausländern fallen die prozentualen Abweichungen mit —12 vH wesentlich höher aus, wobei die Differenz bei der Zahl der Frauen mit —14,1 vH größer ist als bei der Zahl der ausländischen Männer (—10,2 vH).

Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen den Volkszählungsergebnissen und der Bevölkerungsfortschreibung, wenn die Abweichungen in den einzelnen Altersjahren betrachtet werden. Bei den Ausländern ist der relative Fehler bei den Personen im Rentenalter (60 Jahre und älter) am größten. Innerhalb dieser Gruppe nimmt er mit steigendem Alter zu. Bei der Zahl der 80jährigen und älteren Personen liegt er bei über 50 Prozent. Relativ große Abweichungen von über 15 vH treten auch in der Altersgruppe der 14- bis 36jährigen Ausländer auf.

Angesichts dieser Differenzen war eine Revision der Bevölkerungsfortschreibung unumgänglich. Unterstellt man, daß die Geburten und Sterbefälle richtig erfaßt werden, dann sind die Differenzen auf eine fehlerhafte Erfassung der Zuzüge und Fortzüge zurückzuführen. Die Wanderungsbewegungen werden aufgrund der Abmelde- und Anmeldescheine ermittelt. Hierbei treten Probleme auf, wenn bei einem Fortzug keine Abmeldung erfolgt, entweder weil die Person einen Wohnsitz im Bundesgebiet behält oder weil sie trotz Wohnsitzaufgabe eine Abmeldung unterläßt (Untererfassung der Fortzüge)².

¹ Als Übersiedler werden Deutsche bezeichnet, die aus der DDR und Berlin (Ost) ins Bundesgebiet ziehen. Aussiedler sind Deutsche (bzw. Personen, die nach § 116 Grundgesetz Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben), die aus Südost- und Osteuropa in die Bundesrepublik kommen.

² Das Unterlassen einer Anmeldung spielt hingegen nur eine geringfügige Rolle. Zu beachten ist jedoch, daß in der Wanderungsstatistik Wanderungsfälle erfaßt werden, somit also Doppelzählungen möglich sind.

Tabelle 1

Bereinigte Bevölkerungsbilanzen
in 1000 Personen

Jahr	Bestand 1.1.	Geburten	Sterbefälle	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Bestand 31.12.
1970	60 351	811	735	76	1 077	507	570	60 997
1971	60 997	778	715	63	1 002	567	435	61 495
1972	61 495	701	731	- 30	918	586	332	61 797
1973	61 797	635	732	- 97	979	595	384	62 084
1974	62 084	627	728	-101	634	652	- 18	61 965
1975	61 965	600	744	-144	457	669	-212	61 609
1976	61 609	603	734	-131	505	583	- 78	61 400
1977	61 400	583	703	-120	545	518	27	61 307
1978	61 307	576	719	-143	580	470	110	61 274
1979	61 274	582	708	-126	673	429	244	61 392
1980	61 392	621	712	- 91	758	451	307	61 608
1981	61 608	625	720	- 95	630	482	148	61 661
1982	61 661	619	708	- 89	426	506	- 80	61 492
1983	61 492	594	713	-119	373	502	-129	61 244
1984	61 244	584	688	-104	461	622	-161	60 979
1985	60 979	586	696	-110	517	438	79	60 948
1986	60 948	627	693	- 66	604	420	184	61 066
1987	61 066	642	688	- 46	626	411	215	61 235
1988	61 235	677	688	- 11	904	422	482	61 706

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Insbesondere bei den Ausländern kann von einer Untererfassung der Fortzüge ausgegangen werden, da bei der Rückkehr in die Heimat oftmals die Abmeldung unterbleibt. Gerade die jüngere Erwerbspersonengruppe, bei der die Abweichungen relativ hoch ausfielen, gehört zur mobilen Bevölkerung. Abwanderungen aufgrund einer schlechten Arbeitsmarktlage dürften deshalb hier ausgeprägter sein als bei der „älteren“ Erwerbsbevölkerung. Bei den Jugendlichen könnte eine Rückkehr in die Heimat ohne Abmeldung erfolgt sein, weil die in Deutschland erwerbstätigen Eltern den Wohnsitz hier beibehalten.

Andererseits erfolgen Anmeldungen ausländischer Bürger, die Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, unter ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit (Übererfassung von Zuzügen der Ausländer und entsprechende Untererfassung von Zuzügen Deutscher). Diese Personen haben einen Anspruch auf Einbürgerung (Anspruchseinbürgerungen). Hinzu kommt, daß auch Einbürgerungen von Ausländern (nach den §§ 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG)) bei der Bevölkerungsfortschreibung nicht berücksichtigt werden. Diese Ermessenseinbürgerungen betreffen die Einbürgerung von Ausländern und die Einbürgerung ausländischer Ehegatten von Deutschen. Eine Ausnahme macht Baden-Württemberg. Hier werden seit 1976/77 Einbürgerungen bei der Fortschreibung berücksichtigt. Die höhere Zahl deutscher Einwohner und die geringere Zahl ausländischer Einwohner ist somit auch auf die fehlende Berücksichtigung von Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen zurückzuführen.

Von 1970 bis 1987 erhielten insgesamt 554 000 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit. Der größere Teil dieser Personen (327 000) hatte dabei einen Anspruch auf Einbürgerung nach Artikel 116 Abs. 1 GG. Von den Einbürgerungen wurden lediglich 110 000 bei der Bevölkerungsfortschreibung berücksichtigt. Insgesamt ist die Bevölkerungsfortschreibung um 231 000 Einbürgerungen bei den Männern und 213 000 Einbürgerungen bei den Frauen zu korrigieren.

Auch nach der Korrektur der Bevölkerungsfortschreibung um die Einbürgerungen bleibt eine Differenz zu den Ergebnissen der Volkszählung bestehen. Diese Differenz wird einer fehlerhaften Erfassung der Zuzüge und Fortzüge zugeschrieben. Bezieht man die verbleibenden Differenzen auf die kumulierten Zuzüge bzw. Fortzüge im Zeitraum 1970 bis 1987, dann ergeben sich relativ kleine prozentuale Abweichungen. Zur Korrektur der jährlichen Bevölkerungsbilanzen wird unterstellt, daß in jedem Jahr des Betrachtungszeitraumes (1970 bis 1987) die Zuzüge bzw. Fortzüge anteilmäßig im gleichen Maße untererfaßt sind. Tabelle 1 weist die bereinigten jährlichen Bevölkerungsbilanzen aus.

3. Wanderungen der Deutschen

Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Wanderungen, der Geburten und der Sterbefälle, ist ausführlich

im Rahmen der Bevölkerungsvorausschätzung des DIW³ aus dem Jahre 1988 dargelegt worden. An dieser Stelle wird nur auf die Veränderungen schwerpunktmäßig eingegangen, die sich angesichts der höheren Zuwanderungen von Deutschen und der Bereinigung der Bevölkerungsbilanzen ergeben⁴.

Die Höhe der Wanderungen der Deutschen wird zunehmend durch die Zuzüge von Aussiedlern und Übersiedlern determiniert. Nach der Wanderungsstatistik ist der Anteil der Zuzüge von Deutschen aus der DDR, Polen, Rumänien und der Sowjetunion an den gesamten Zuzügen der Deutschen von 38 vH (1975) bis auf 78 vH (1988) gestiegen. Die Angaben aus dieser Statistik können jedoch nur einen groben Anhaltspunkt insbesondere für die Zuzüge von Aussiedlern geben. Ausschlaggebend für die Erfassung und Einordnung in die Wanderungsstatistik sind die Angaben auf den Meldescheinen. Tragen beispielsweise Personen, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung zu den Aussiedlern zählen, ihre frühere Staatsangehörigkeit ein, dann werden sie in der Wanderungsstatistik in der Rubrik „Zuzüge von Ausländern“ erfaßt. Hinzu kommt, daß die Anmelde- bzw. Abmelde-scheine keine Angaben über die Vertriebeneneigenschaft enthalten.

Angaben über den Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern können jedoch den statistischen Berichten des Bundesausgleichsamtes entnommen werden. Hier wird die Zahl der Personen ausgewiesen, die im Zuge des in den Grenzdurchgangslagern durchgeführten Registrier- und Aufnahmeverfahrens erfaßt werden. Insbesondere in bezug auf den Zuzug von Aussiedlern gibt diese Statistik einen besseren Überblick.

4. Aussiedler

Nach dieser Statistik sind von 1950 bis 1988 1,6 Mill. Aussiedler von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden. Die höchsten jährlichen Zuwanderungen wurden mit 108 000 und 130 000 Personen 1957 und 1958 erreicht (vgl. Tabelle 2). Danach fiel die Zahl der Zuwanderungen auf 20 000 bis 30 000 Personen jährlich ab. Seit 1976 haben sich die Zuzüge von Aussiedlern im Durchschnitt wieder verdoppelt. In den letzten beiden Jahren war nochmals ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. 1988 wurden 203 000 Aussiedler registriert. 1989 waren es sogar rd. 377 000 Aussiedler.

Unter den Aussiedlern bilden die aus Polen kommenden deutschstämmigen Personen die größte Gruppe: 1989 etwa kamen 69 vH der Aussiedler aus Polen, 24 vH aus der Sowjetunion, 6 vH aus Rumänien und 1 vH aus den übrigen Aussiedlungsgebieten. Von 1970 bis 1989 sind insgesamt aus

- Polen 1,24 Mill.,
- der Sowjetunion 260 000,

Tabelle 2

Zuzüge von Aussiedlern in 1000 Personen

Jahr	Insgesamt	Polen	Rumänien	Sowjetunion	Übrige Gebiete
1950	47,2	31,8	0,0	0,0	15,4
1951	21,1	10,8	1,0	1,7	7,5
1952	5,5	0,2	0,0	0,1	5,3
1953	8,3	0,1	0,0	0,0	8,1
1954	10,4	0,7	0,0	0,0	9,7
1955	13,2	0,9	0,0	0,2	12,1
1956	25,3	15,7	0,2	1,0	8,4
1957	107,7	98,3	0,4	0,9	8,1
1958	129,7	117,6	1,4	4,1	6,6
1959	27,1	16,3	0,4	5,6	4,9
1960	18,2	7,7	2,1	3,3	5,0
1961	16,4	9,3	3,3	0,3	3,5
1962	15,7	9,7	1,7	0,9	3,5
1963	14,9	9,5	1,3	0,2	3,8
1964	20,1	13,6	0,8	0,2	5,4
1965	23,9	14,6	2,7	0,4	6,1
1966	27,8	17,3	0,6	1,2	8,6
1967	26,2	10,9	0,4	1,1	13,8
1968	23,2	8,4	0,6	0,6	13,6
1969	29,9	9,5	2,7	0,3	17,3
1970	18,6	5,6	6,5	0,3	6,1
1971	33,3	25,2	2,8	1,1	4,0
1972	23,6	13,5	4,4	3,4	2,3
1973	22,7	8,9	7,6	4,5	1,8
1974	24,3	7,8	8,5	6,5	1,5
1975	19,3	7,0	5,1	6,0	1,2
1976	44,2	29,4	3,8	9,7	1,4
1977	54,2	32,9	11,0	9,3	1,0
1978	58,1	36,1	12,1	8,5	1,4
1979	54,8	36,3	9,7	7,2	1,6
1980	52,0	26,6	15,8	7,0	2,6
1981	69,3	51,0	12,0	3,8	2,5
1982	48,0	30,4	13,0	2,1	2,6
1983	37,8	19,1	15,5	1,4	1,8
1984	36,4	17,5	16,6	0,9	1,5
1985	38,9	22,1	14,9	0,5	1,4
1986	42,7	27,2	13,1	0,8	1,6
1987	78,5	48,4	14,0	14,5	1,6
1988	202,6	140,2	12,9	47,6	1,9
1989	377,1	250,3	23,4	98,1	5,2

Quelle: Bundesausgleichsamt.

- Rumänien 240 000,
 - Tschechoslowakei 100 000,
 - Jugoslawien 90 000,
 - Ungarn 20 000 und aus
 - den sonstigen Gebieten 55 000
- Aussiedler ins Bundesgebiet gezogen.

³ Zur Entwicklung der Sterblichkeit der Deutschen und der Ausländer im Bundesgebiet vgl. Zur langfristigen Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/88, S. 397 ff.

⁴ Eine Kurzfassung der folgenden Ausführungen ist erschienen in: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90, S. 93 ff.

Die Altersstruktur der Aussiedler hat sich deutlich zugunsten der jüngeren Personen verschoben. Im Jahr 1976 waren von den Aussiedlern 44 vH unter 25 Jahre alt, 34 vH zwischen 25 und 60 Jahre alt und 11 vH 60 Jahre und älter. 1988 waren lediglich noch 7 vH älter als 59 Jahre, aber 50 vH zwischen 25 und 59 Jahre alt. Innerhalb dieser Altersgruppe ist der Anteil der unter 45jährigen deutlich gestiegen.

Für die Obergrenze der Zahl der Personen, die als Deutsche aus den Aussiedlungsgebieten künftig ins Bundesgebiet ziehen können, ist das Auswanderungspotential maßgebend. Nach Fleischer und Proebsting lebten Ende 1988 noch 2,55 Mill. Deutsche in den Aussiedlungsgebieten⁵. Ebenfalls aus dem Jahr 1989 stammt die Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft⁶, in der von etwa 3,5 Mill. deutschstämmigen Personen ausgegangen wird. Grundlage dieser Annahme bilden Schätzungen über die Zahl der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten, die in der Vergangenheit von verschiedenen Stellen durchgeführt wurden⁷. Untergliedert nach Ländern ergeben sich folgende Potentiale an Aussiedlern: 0,5 bis 1 Mill. in Polen, 1,9 bis 2 Mill. in der Sowjetunion, 60 000 bis 100 000 in der Tschechoslowakei, 200 000 bis 250 000 in Ungarn, 220 000 bis 350 000 in Rumänien, 15 000 in Jugoslawien. Dabei sind die Zuwanderungen aus dem Jahr 1989 noch nicht berücksichtigt.

Wieviele dieser Personen künftig ins Bundesgebiet ziehen, hängt im starken Maße von der politischen Lage in den Herkunftsländern sowie dem Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik Deutschland ab. Es ist unsicher, wie sich die von der sowjetischen Regierung angekündigte Liberalisierung der Ausreisebestimmungen und die politische Wende in Rumänien auf die Zahl der Aussiedler auswirken werden. Wegen dieser Unsicherheiten werden hier zwei Szenarien entwickelt.

Im Szenario A wird angenommen, daß insbesondere aus den weiter entfernten Gebieten nicht alle deutschstämmigen Personen ins Bundesgebiet kommen werden. In der Sowjetunion wird sich die (politische) Lage für die dort lebenden Deutschen weiter verbessern, angesichts der Liberalisierung der Reisebedingungen dürften dennoch die Aussiedlerzahlen aus diesem Land in diesem Jahr und in den folgenden Jahren etwas ansteigen. Auch in bezug auf die Rumänendeutschen wird in nächster Zeit mit einer verstärkten Zuwanderung gerechnet. Unter den Aussiedlern werden deshalb in den nächsten Jahren die Deutschen aus Polen nicht mehr die überwiegende Mehrheit stellen. Insgesamt wird mit folgenden Zuzügen von Aussiedlern gerechnet: bis zum Jahr 1993 durchschnittlich jährlich 230 000, in den beiden folgenden Jahren jeweils 90 000 und anschließend bis 2000 jährlich 40 000. Danach nimmt die Zahl der Zuwanderungen weiter ab.

Bis zum Jahresende 2000 werden nach diesem Szenario 1,3 Mill. Aussiedler in die Bundesrepublik kommen. Mit den Zuzügen von 1989 sind dies rund 50 vH des Po-

entials von 3,5 Mill. Personen. Das Institut der deutschen Wirtschaft⁸ rechnet hingegen in seinem „moderaten Modell“ mit einem Zuzug von 2 Mill. Aussiedlern. Die Bundesregierung⁹ nimmt an, daß in den Jahren 1990 bis 1993 jährlich 300 000 Aussiedler ins Bundesgebiet kommen. Diese Zahl ist zwar um 30 vH höher als hier für die durchschnittlichen Zuwanderungen in diesen Jahren unterstellt wurde; da aber über den weiteren Verlauf der Zuwanderungen nichts gesagt wird, läßt sich eine Relation zu dem Potential bis zum Jahr 2000 nicht herstellen.

Im Szenario B wird angenommen, daß sich mehr Personen zu einer Ausreise ins Bundesgebiet entschließen als im Szenario A. Dies könnte z.B. dann der Fall sein, wenn sich die Erwartungen, die an die politischen und ökonomischen Reformen gestellt werden, nicht in dem Maße erfüllen, wie sie die Deutschen in den betreffenden Gebieten erhoffen. Es wird angenommen, daß bis zum Jahr 1995 jährlich 30 000, von 1996 bis 2010 jährlich 20 000 und von 2011 bis 2040 jährlich 10 000 Aussiedler mehr ins Bundesgebiet kommen als im Szenario A.

Im Szenario B werden bis zum Jahresende 2000 über 1,6 Mill. Aussiedler ins Bundesgebiet gezogen sein. Zusammen mit den Zuzügen im Jahr 1989 ergeben sich Zuwanderungen von rund 60 vH des Aussiedlerpotentials. Das Institut der deutschen Wirtschaft unterstellt demgegenüber in seinem „extremen Modell“ den Zuzug des gesamten geschätzten Aussiedlerpotentials von 3,5 Mill. Personen. Dieser Wert wird nach dem DIW-Modell auch am Ende des Vorausberechnungszeitraumes nicht erreicht: Bis zum Jahr 2040 werden 3,1 Mill. Aussiedler ins Bundesgebiet gezogen sein, das sind 90 vH des derzeitigen Aussiedlerpotentials.

5. Übersiedler

Nach der Statistik des Bundesausgleichsamtes sind von 1950 bis 1988 insgesamt 3,2 Mill. Zuwanderer aus der DDR und Berlin (Ost) im Bundesgebiet aufgenommen worden. Diese Zahl erhöht sich auf 4 Mill., wenn man den Zeitraum seit dem Kriegsende betrachtet. In den fünfziger

⁵ Davon 0,71 Mill. in Polen, 1,26 Mill. in der Sowjetunion, 0,2 Mill. in der Tschechoslowakei und 0,37 Mill. in den anderen Gebieten. Vgl. H. Fleischer und H. Proebsting: Aussiedler und Übersiedler — Zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1989, S. 582 bis 589.

⁶ Institut der deutschen Wirtschaft: Die Integration deutscher Aussiedler — Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland. Köln 1989.

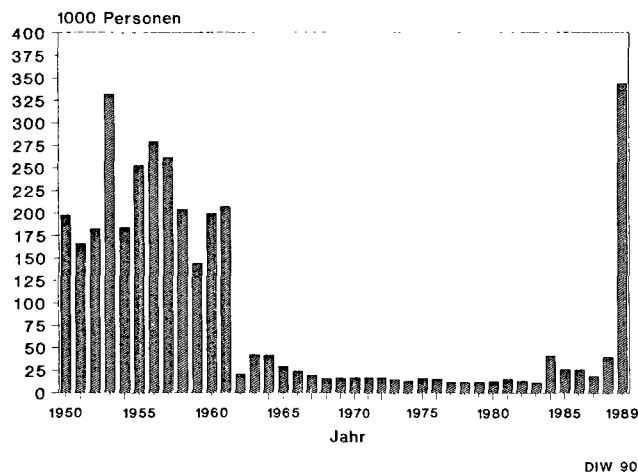
⁷ So geht das Deutsche Rote Kreuz von 3,2 Mill., der Bund der Vertriebenen von 3,5 Mill., die Broschüre „Aussiedler“ der Bundeszentrale für politische Bildung von 3,4 Mill. und Reichling von 3,8 Mill. Deutschen aus. Vgl. Die Integration ..., a.a.O., S. 25 f.

⁸ Die Integration ..., a.a.O., S. 33.

⁹ Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Eingliederungsleistungen für Aussiedler und Übersiedler. Bundesrats-Drucksache 330/89.

Abbildung 1

Zuzüge von Übersiedlern



DIW 90

Jahren kamen durchschnittlich jährlich 200 000 Zuwanderer aus der DDR ins Bundesgebiet. Die höchsten Zuwanderungen wurden mit 330 000 Personen 1953 erreicht (vgl. Abbildung 1). Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 ging die Zahl der Zuwanderer rapide zurück. In den sechziger und siebziger Jahren kamen im Durchschnitt jährlich 20 000 Personen aus der DDR. Die meisten davon zogen mit Genehmigung der Behörden in der DDR ins Bundesgebiet. 1984 und 1988 verdoppelte sich die Zahl der Übersiedler auf 40 000.

Im Jahr 1989 hat sich die Situation für übersiedlungswillige Personen völlig geändert. Über Ungarn und die Tschechoslowakei kamen bis Ende Oktober 1989 über 167 000 Übersiedler ins Bundesgebiet. Am 9. November 1989 wurden die Grenzen der DDR zum Bundesgebiet und die Grenzübergänge in Berlin geöffnet. Der von der DDR erhoffte Rückgang der Übersiedlerzahlen blieb jedoch aus. Allein im November 1989 sind über 130 000 Personen ins Bundesgebiet übergesiedelt. Insgesamt sind 1989 344 000 Übersiedler in die Bundesrepublik zugewandert. Während im Dezember deutlich weniger Personen ins Bundesgebiet übersiedelten, verstärkte sich der Zuzug in den ersten Wochen dieses Jahres wieder. Allein bis Mitte Februar wurden 90 000 Übersiedler registriert.

Mit der Erhöhung der Zuwanderungen hat sich auch die Altersstruktur der Übersiedler geändert. 1976 war noch über ein Drittel der Zuwanderer 65 Jahre und älter, es kamen also zumeist Rentner — und hier insbesondere Frauen — ins Bundesgebiet. 1988 waren nur noch 8 Prozent der Übersiedler älter als 64 Jahre; 1989 sind es nach Angaben von Winkler, die er auf der ersten Demographischen Konferenz der DDR bekanntgab, unter 1 vH¹⁰. Entsprechend stark gestiegen ist der Anteil der jüngeren Personen. 1988 waren 32 vH der Übersiedler jünger als 25 Jahre. 1989 hat sich der Anteil jüngerer Personen weiter erhöht. Nach Winkler bilden die unter 15jährigen mit

22 vH und die zwischen 25 und 40 Jahre alten Personen mit 37 vH die größten Altersgruppen unter den Übersiedlern. Es waren also vor allem jüngere Berufstätige mit ihren Kindern, die die DDR im letzten Jahr verlassen haben.

Die DDR hatte Ende 1988 16,7 Mill. Einwohner. Etwa die Hälfte (8,3 Mill. Personen) war jünger als 35 Jahre. 18 Prozent waren 60 Jahre und älter. Wieviele dieser Personen ins Bundesgebiet wandern werden, hängt im starken Maße von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR ab. Eine Umkehr des Reformprozesses scheidet aus heutiger Sicht wohl aus. Dennoch könnten die Zuwanderungen in den nächsten Jahren eine Größenordnung erreichen, wie sie in den fünfziger Jahren registriert wurde.

Im Szenario A wird angenommen, daß umfassende Reformen relativ kurzfristig in Gang gesetzt werden und in der DDR die Hoffnung entsteht, daß das Wohlstandsgefälle zum Bundesgebiet abgebaut werden kann, sich somit „das Dableiben lohnt“. Dieser Prozeß könnte dazu führen, daß zwar noch 1990 höhere Abwanderungen erfolgen, die Abwanderungen jedoch in den darauffolgenden Jahren abnehmen. Bis zum Jahresende 2000 dürften demnach 1,8 Mill. Personen aus der DDR ins Bundesgebiet ziehen: in den Jahren 1990 bis 1995 durchschnittlich jährlich 230 000 Personen, dies ist etwas mehr als die durchschnittlichen jährlichen Zuwanderungen in den fünfziger Jahren, und von 1996 bis 2000 jährlich etwa die Hälfte¹¹. Diese Wanderungsannahmen für die Zeit von 1990 an liegen sicherlich unter der möglichen Obergrenze. Würde man die im Januar 1990 erreichte Höhe der Übersiedlerzahl auf das Jahr 1990 hochrechnen, so ergäbe sich allein in den ersten 12 Monaten des Vorausberechnungszeitraums eine Zuwanderung von 1 Mill. Personen aus dem Gebiet der DDR ins Bundesgebiet.

Im Szenario B wird unterstellt, daß die Reformen nicht in einem von der Bevölkerung der DDR für notwendig erachteten Umfang wirksam werden und sich der Reformprozeß lange hinstreckt. In diesem Fall ist zu erwarten, daß mehr Menschen die DDR verlassen als unter den Bedingungen des Szenarios A. Die Abwanderungen könnten dann über einen längeren Zeitraum eine beachtliche Größe erreichen. Im Szenario B wird mit jährlichen Zuzügen ins Bundesgebiet gerechnet, die in diesem und im nächsten Jahr um 60 000, in den folgenden Jahren bis 1995 um 50 000 und anschließend bis zum Jahr 2010 um 30 000 über denen im Szenario A liegen. Bis zum Jahres-

¹⁰ Werden wir bald ein Volk von Rentnern? Neues Deutschland vom 30.11.1989.

¹¹ Nach der Jahrtausendwende wird von deutlich geringeren Zuwanderungen ausgegangen. Sie erreichen eine Größenordnung, die heute zwischen den Bundesländern beobachtbar ist. Die hier vorgestellten Szenarien können freilich nur als Beispiele möglicher Entwicklungspfade angesehen werden, für deren Eintreffen keine bestimmte Wahrscheinlichkeit angegeben werden kann.

Tabelle 3

Grenzüberschreitende Wanderungen deutscher Personen
in 1000 Personen

Jahr	Zuzüge nach Herkunftsländern				Fortzüge nach Zielländern		
	Insgesamt	DDR ¹⁾	Aussiedlungsgeb. ²⁾	übriges Ausland	Insgesamt	Südost- u. Osteuropa ³⁾	übriges Ausland
1975	88,8	20,0	13,8	55,0	54,9	2,3	52,6
1976	110,5	16,7	37,7	56,1	55,3	2,0	53,3
1977	116,4	13,6	48,4	54,4	55,0	2,0	53,0
1978	119,2	14,1	52,8	52,3	54,5	2,0	52,5
1979	120,8	14,9	50,0	55,9	54,6	2,4	52,2
1980	121,2	15,0	45,9	60,3	55,5	2,6	52,9
1981	123,1	17,5	56,0	49,6	57,0	3,0	54,0
1982	98,3	14,9	34,1	49,3	62,3	2,6	59,7
1983	95,6	12,9	32,0	50,7	64,0	2,4	61,6
1984	123,8	41,6	29,4	52,8	61,8	2,9	58,9
1985	112,2	27,8	30,9	53,5	61,0	3,4	57,6
1986	119,0	28,7	32,8	57,5	62,1	4,3	57,8
1987	141,6	22,1	64,3	55,2	66,8	4,4	62,4
1988	255,3	42,3	156,5	56,5	62,9	4,9	58,0

1) Einschließlich Berlin (Ost); diese Zahlen aus der Wanderungsstatistik sind nicht identisch mit den Zahlen der Übersiedler. —
2) Polen (einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches), Rumänien, Sowjetunion; diese Zahlen sind nicht identisch mit den Zahlen der Aussiedler vom Bundesausgleichsamt. — 3) Fortzüge in die DDR (einschl. Berlin (Ost)), Sowjetunion, nach Polen und Rumänien.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

ende 2000 würden dann 2,3 Mill. Personen ins Bundesgebiet übergesiedelt sein.

6. Gesamtwanderungen der Deutschen

Neben den Zuwanderungen aus Ost- und Südosteuropa sowie der DDR ziehen auch Deutsche aus dem übrigen europäischen und dem außereuropäischen Ausland ins Bundesgebiet. In bezug auf diese Zuzüge wird angenommen, daß sie künftig pro Jahr die Höhe des Durchschnitts in den letzten drei Jahren erreichen (vgl. Tabelle 3). Zusammen mit den Zuzügen von Aussiedlern und Übersiedlern ergeben sich die Zuwanderungen von Deutschen insgesamt. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 werden nach den Annahmen des Szenarios A jährlich über 450 000 Deutsche ins Bundesgebiet ziehen. Bis zum Jahr 2000 verringert sich der Zuzug deutlich auf durchschnittlich rund 200 000 Personen jährlich.

Die Struktur der Fortzüge der Deutschen nach Zielländern unterscheidet sich wesentlich von der Zugstruktur nach Herkunftsländern. Lediglich etwas mehr als 4000 Personen oder 6,5 vH sind 1987 in die Aussiedlungsgebiete oder in die DDR fortgezogen; 1800 davon allein nach Polen. Mit der Zunahme der Zuzüge aus Polen im Zeitraum 1975 bis 1987 ist auch die Zahl der Fortzüge von Deutschen nach Polen gestiegen; im Durchschnitt betragen die Fortzüge jedoch nur etwa 4 vH der Zuzüge.

Diese Fortzüge dürfen nicht mit der Zahl der Rückkehrer in die Aussiedlungsgebiete bzw. DDR gleichgesetzt werden. Zwar sind auch zurückgekehrte Aussiedler erfaßt, aber auch Deutsche, die beispielsweise berufsmäßig (für ein paar Jahre) nach Polen zogen.

Für die Fortzüge deutscher Personen wird angenommen, daß diese in die Aussiedlungsgebiete und in die DDR mit der Höhe der Zuzüge aus diesen Gebieten steigen werden. Im Szenario A wird angenommen, daß Übersiedler in ihre Heimorte zurückkehren, wenn der Erfolg von Reformen sichtbar wird. Im Durchschnitt wird mit jährlich 30 000 Rückkehrern gerechnet. Im Szenario B wird hingegen eine deutlich geringere Zahl rückkehrwilliger Übersiedler unterstellt. Für die Fortzüge in die übrigen Länder der Welt wird wie bei den Zuzügen aus diesen Ländern vom Durchschnitt in den letzten drei Jahren ausgegangen. In der Tabelle 4 ist der Saldo der Zuzüge und Fortzüge deutscher Personen für die Szenarien A und B ausgewiesen.

7. Geburtenentwicklung der Deutschen

Seit 1986 steigt die Zahl der Geburten wieder. Während im Durchschnitt der Jahre 1983 bis 1985 530 000 Kinder geboren wurden, waren es im Durchschnitt der letzten drei Jahre 650 000. Die Zahl der Geborenen ist jedoch nur ein grober Indikator für die Veränderung des generativen

Tabelle 4

**Jährlicher Saldo der Zuzüge und Fortzüge deutscher Personen
in 1000 Personen**

Jahr	Szenario A			Szenario B		
	Aussiedler ¹⁾	Übersiedler	Insgesamt	Aussiedler ¹⁾	Übersiedler	Insgesamt
1989	370	340	710	370	340	710
1990	350	400	750	380	470	850
1991	270	280	550	300	350	650
1992	170	180	350	200	250	450
1993	120	130	250	150	200	350
1994	90	110	200	120	180	300
1995	70	80	150	100	150	250
1996–2000	40	60	100	60	110	170
2001–2010	20	30	50	40	80	120
2011–2020	10	20	30	20	60	80
2021–2030	10	10	20	20	40	60
2031–2040	0	0	0	10	20	30

¹⁾ Einschließlich übrige Zuzüge und Fortzüge.
Quelle: Berechnungen des DIW.

Verhaltens. Deshalb wird für den Querschnittsvergleich häufig die zusammengefaßte Geburtenziffer, also die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, verwendet. Auch bei dieser Kennziffer ist ein leichtes Ansteigen in den letzten Jahren erkennbar. 1985 wurden von 1 000 Frauen 1 277 Kinder geboren, 1987 waren es 1 327.

Einen besseren Aufschluß über die Veränderung des Geburtenverhaltens der Frauen gibt jedoch eine Längsschnittbetrachtung. Hierbei wird die Zahl der Kinder ermittelt, die von 1 000 Frauen des gleichen Geburtsjahrgangs (Kohorten) im Laufe ihres Lebens geboren werden. Ein Vergleich der Geburtenzahlen der einzelnen Frauengenerationen zeigt, daß der Trend zur Verringerung der insgesamt von einer Frau geborenen Kinder bislang nicht gebrochen ist (Abbildung 2). Ob der Anstieg der Geburtenzahlen in den letzten Jahren zu einer Erhöhung der kohortenspezifischen Geburtenziffern führen wird, ist noch nicht absehbar.

Abbildung 2

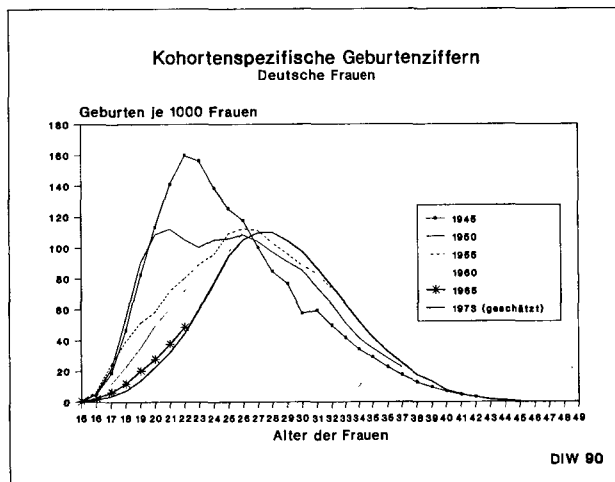
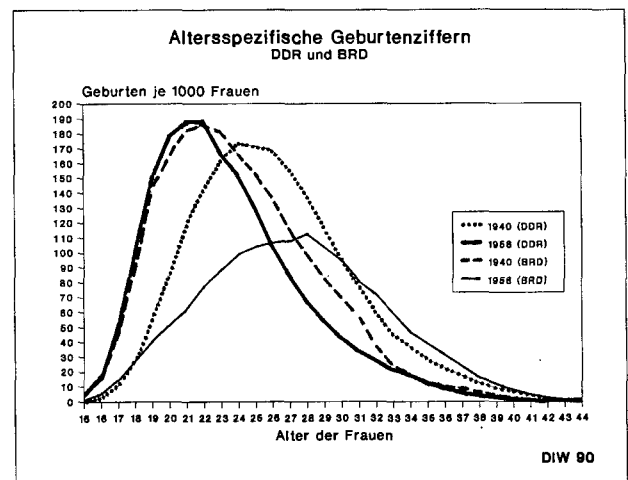


Abbildung 3



Angesichts des erwarteten Zuzugs von Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen ist auch deren generatives Verhalten für die künftige Geburtenentwicklung im Bundesgebiet von Bedeutung. Die Fruchtbarkeitsziffern der Frauen in der DDR liegen weit über denen der bundesdeutschen Frauen. 1987 wurden von 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren in der DDR 1 740 Kinder geboren, im Bundesgebiet waren es 1 327.

Ein Vergleich des Geburtenverhaltens der Frauen in der DDR mit dem der Frauen im Bundesgebiet bringt die Unterschiede deutlich zu Tage. Bei den 1940 geborenen Frauen liegen die altersspezifischen Geburtenziffern in der DDR in den jüngeren Altersjahren über denen in der Bundesrepublik. In den älteren Altersjahren ist dies umgekehrt. Die höchsten altersspezifischen Geburtenziffern werden in der DDR in einem jüngeren Lebensalter er-

reicht und liegen über denen der höchsten Geburtenziffern im Bundesgebiet (Abbildung 3). Die Unterschiede im Geburtenverhalten haben sich bei den jüngeren Kohorten vergrößert. Während in der DDR die Geburtenziffern in den jüngeren Altersjahren nur leicht zurückgingen, fiel das Geburtenniveau im Bundesgebiet deutlich ab. Hinzu kommt, daß das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt eines Kindes in der Bundesrepublik weiter stieg, in der DDR aber kaum eine Verschiebung eintrat. In der DDR wurden von den 1958 geborenen Frauen im Alter von 22 Jahren die meisten Kinder geboren, im Bundesgebiet hingegen im Alter von 28 Jahren. Dennoch reicht das Geburtenniveau auch in der DDR nicht zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes aus.

Die unterschiedliche Geburtenentwicklung in den beiden deutschen Staaten ist teilweise auf die familienpolitischen Maßnahmen in der DDR zurückzuführen¹². Hinzu kommt, daß eine adäquate Wohnung oftmals nur durch Heirat und Geburt eines Kindes zu erlangen ist. Entscheidend für die Entwicklungsdifferenzen dürfte aber auch die bessere Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen in der DDR sein.

Auch in den Aussiedlungsgebieten, etwa in Polen oder Rumänien, liegen die Geburtenziffern weit über denen in der Bundesrepublik Deutschland¹³. Sie haben sich zwischen den einzelnen Geburtsjahrgangskohorten kaum abgeschwächt und erreichen immer noch ein Niveau, das zur Bestandserhaltung der Bevölkerung ausreicht. Auch hier werden vor allem von den jüngeren Frauen bedeutend mehr Kinder geboren als von den gleichaltrigen Frauen im Bundesgebiet.

Um den Einfluß des Zuzugs von Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen auf die Geburtenziffern der deutschen Frauen insgesamt im Bundesgebiet abzuschätzen wurde angenommen, daß die aus- und übergesiedelten Frauen im Bundesgebiet die gleichen altersspezifischen Geburtenziffern haben, wie sie im Durchschnitt in der DDR bzw. in den Aussiedlungsgebieten gegeben sind. Unter diesen Voraussetzungen erhöht sich die zusammengefaßte Geburtenziffer bei den im Szenario A unterstellten Zuwanderungen bis zum Jahr 2000 um 40 Kinder je 1 000 Frauen oder um 3 vH. Die höheren Geburtenzahlen der Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen wirken sich hauptsächlich bei den Geburtenziffern der 18- bis 25jährigen Frauen aus.

Aber auch dieser relativ geringe Anstieg der Geburtenziffern dürfte nicht im vollen Umfang realisiert werden, da die Lebensumstände der Aussiedler und Übersiedler im Bundesgebiet anders sind. Unter den 1989 ins Bundesgebiet gekommenen Übersiedlern haben junge Familien einen großen Anteil. Bei diesen Familien mit ein oder zwei Kindern wird die Geburt eines weiteren Kindes aber nicht im gleichen Maße gefördert wie in der DDR. Ein Neuanfang in der Bundesrepublik ist oftmals mit (finanziellen) Schwierigkeiten verbunden, häufig wird es schwer fallen,

Arbeit und eine Wohnung zu finden. Es ist daher fraglich, ob die Übersiedler im gleichen Maße Dritt- und weitere Kinder haben werden wie im Durchschnitt in der DDR.

Auch für die jüngeren Familien ohne Kinder bzw. die jüngeren, einzeln übergesiedelten Personen steht sicherlich die Eingliederung in das Erwerbsleben sowie der Bezug einer Wohnung an erster Stelle. Hinzu kommen andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, so daß schon deshalb die im Gegensatz zum Bundesgebiet extrem hohen Geburtenziffern der bis 20jährigen Frauen bei den Übersiedlerinnen nicht mehr erreicht werden dürften. Ähnlich dürfte sich auch das Geburtenverhalten der Aussiedlerinnen ändern. Insbesondere die im Bundesgebiet aufwachsende Generation dürfte sich eher an das durchschnittliche Geburtenverhalten der Frauen im Bundesgebiet orientieren als an den Verhaltensweisen der Frauen in den Herkunftsländern. Deshalb wird in bezug auf das Geburtenverhalten der zugewanderten Frauen angenommen, daß es sich im Laufe der Zeit dem bundesdurchschnittlichen angleicht. Von der Geburtsjahrgangskohorte 1973 an werden für alle deutschen Frauen im Bundesgebiet die gleichen altersspezifischen Geburtenziffern unterstellt.

Es wird damit gerechnet, daß sich die Geburt des ersten Kindes weiterhin auf einen Zeitpunkt nach dem Ausbildungsabschluß der Frauen und auch nach einer Aufnahme der Erwerbstätigkeit verschiebt. Insgesamt wird ein weiterer Rückgang der Kinderzahl je Frau erwartet. Allerdings wird sich dieser Trend wesentlich abschwächen. Diese Annahmen sind für die Vorausschätzung zu einem Geburtenmuster für die 1973 geborenen Frauen verdichtet worden. Danach werden von 1000 Frauen dieses Geburtsjahrganges im Laufe ihres Lebens 1315 Kinder geboren. Die altersspezifischen Geburtenziffern der früher geborenen Frauen werden sich diesem Geburtenmuster nähern und danach konstant bleiben.

Der Anstieg der zusammengefaßten Geburtenziffer in den letzten Jahren könnte jedoch ein Anzeichen für eine generelle Änderung im Geburtenverhalten sein. Dem wurde im Szenario C¹⁴ Rechnung getragen, indem ein Anstieg der Kinderzahlen auf 1500 je 1000 Frauen des Geburtsjahrganges 1973 unterstellt wurde. Damit diese Werte erreicht werden, ist bei den jüngeren Geburtsjahrgangskohorten eine deutliche Zunahme der Geburtenzahlen in den mittleren Altersjahren notwendig (in den Altersjahren 25 bis 35 um 18 vH). Für einige Altersjahre bedeutet dies sogar eine Umkehrung des bisherigen Trends.

¹² Vgl. DDR: Stabilisierung der Geburtenrate durch Sozialpolitik. Bearb.: Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/89, S. 555.

¹³ Vgl. Maria Lodahl und Heinz Vortmann: Wirkungen der Bevölkerungspolitik auf die Geburtenentwicklung in den kleineren europäischen RGW-Ländern. Beiträge zur Strukturforschung (in Vorbereitung).

¹⁴ Das Szenario C basiert auf den Wanderungsannahmen des Szenarios A.

Tabelle 5

**Grenzüberschreitende Wanderungen der Ausländer
in 1000 Personen**

Jahr	männlich		weiblich		insgesamt			
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	davon: Asylbewerber	Fortzüge	Saldo
1970	668	310	308	124	976	—	435	542
1971	579	359	292	141	871	—	500	370
1972	505	359	294	156	799	—	515	284
1973	555	358	314	169	869	—	527	342
1974	301	386	241	196	542	—	582	— 40
1975	198	376	169	224	367	—	600	—233
1976	215	309	173	206	388	—	516	—127
1977	238	267	185	186	423	—	452	— 29
1978	267	242	190	164	457	—	406	51
1979	338	221	208	145	546	51	366	180
1980	404	244	229	143	632	108	386	246
1981	301	264	200	152	502	49	416	86
1982	186	275	137	159	322	37	434	—111
1983	156	257	120	168	276	20	425	—149
1984	186	315	147	231	333	35	546	—213
1985	229	214	171	154	400	74	368	32
1986	272	201	207	147	480	99	348	132
1987	257	191	217	143	473	57	334	139
1988	649	103	359	290

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

Dieses Szenario ist deshalb eher als obere Grenze der Geburtenentwicklung anzusehen.

lung in den einzelnen Altersjahren ermöglicht auch eine Neuberechnung der Geburtenziffern ausländischer Frauen. Wie aus Tabelle 6 ersichtlich, fallen die berei-

8. Wanderungen der Ausländer

Die Höhe der Zuzüge und Fortzüge von Ausländern hängt wesentlich von der konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik Deutschland ab. Aber auch die politische (und wirtschaftliche) Lage im Heimatland spielt eine Rolle. Von den 650 000 Ausländern, die 1988 ins Bundesgebiet zogen, beantragten über 100 000 Personen politisches Asyl, mithin fast jeder sechste; 1985 und 1986 war es sogar jeder fünfte (Tabelle 5). Die größte Gruppe der Asylbewerber kam 1988 aus Polen (29 000), gefolgt von den Jugoslawen (21 000) und den Türken (15 000). 1989 war die Zahl der Asylbewerber mit 120 000 noch höher.

Auch für die nächsten fünf Jahre wird mit Zuwanderungen von Ausländern gerechnet, die die jährlichen Fortzüge um jeweils 100 000 übersteigen. In den Jahren danach wird die Zahl der Nettozuwanderungen abnehmen, auf jährlich 50 000 (bis 2000), 30 000 (bis 2010), 20 000 (2011 bis 2020) bzw. 10 000 (2021 bis 2040).

9. Geburtenentwicklung der Ausländer

Die bereinigte Bevölkerungsfortschreibung für Deutsche und Ausländer und die Abschätzung der Entwick-

Tabelle 6

Zusammengefaßte Geburtenziffern

Jahr	Deutsche		Ausländer	
	revidiert*	unrevidiert	revidiert*	unrevidiert
1972	1 664	1 666	2 426	2 376
1973	1 473	1 474	2 372	2 311
1974	1 430	1 432	2 459	2 375
1975	1 365	1 368	2 478	2 374
1976	1 389	1 392	2 399	2 267
1977	1 349	1 352	2 235	2 088
1978	1 331	1 334	2 172	2 008
1979	1 328	1 333	2 208	2 005
1980	1 396	1 397	2 272	2 066
1981	1 395	1 401	2 193	1 988
1982	1 373	1 380	2 002	1 796
1983	1 313	1 320	1 741	1 539
1984	1 283	1 291	1 615	1 401
1985	1 269	1 277	1 609	1 383
1986	1 330	1 339	1 713	1 465
1987	1 327	.	1913	.

* Berichtigung der den altersspezifischen Geburtenziffern zugrunde gelegten durchschnittlichen weiblichen Bevölkerung um den Fehler, der sich aufgrund der Differenzen zwischen Fortschreibung und Volkszählung 1987 zurückgerechnet in den einzelnen Jahren ergibt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 7

Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Bundesrepublik Deutschland

Jahresende		Szenario A			Szenario B			Szenario C		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Mill. Personen										
Deutsche	1987	27,0	29,9	56,9	27,0	29,9	56,9	27,0	29,9	56,9
	2000	28,5	30,4	58,9	29,0	30,9	59,9	28,7	30,6	59,3
	2020	25,6	26,9	52,5	26,8	28,1	54,9	26,4	27,7	54,1
	2040	20,4	21,7	42,1	21,8	23,3	45,1	21,9	23,2	45,1
Ausländer	1987	2,4	1,9	4,3	2,4	1,9	4,3	2,4	1,9	4,3
	2000	3,5	3,3	6,8	3,5	3,3	6,8	3,5	3,3	6,8
	2020	4,1	4,4	8,6	4,1	4,4	8,6	4,1	4,4	8,6
	2040	4,4	5,1	9,5	4,4	5,1	9,5	4,4	5,1	9,5
Insgesamt	1987	29,4	31,8	61,2	29,4	31,8	61,2	29,4	31,8	61,2
	2000	32,0	33,6	65,7	32,5	34,1	66,7	32,2	33,8	66,1
	2020	29,8	31,3	61,1	30,9	32,5	63,4	30,6	32,1	62,7
	2040	24,8	26,8	51,6	26,2	28,3	54,6	26,3	28,3	54,6
1987 = 100										
Deutsche	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	105,4	101,6	103,4	107,3	103,3	105,2	106,2	102,3	104,2
	2020	94,7	90,1	92,3	99,0	94,0	96,4	97,7	92,6	95,0
	2040	75,3	72,7	73,9	80,6	77,8	79,1	81,0	77,7	79,3
Ausländer	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	148,2	169,5	157,7	148,2	169,5	157,7	148,2	169,5	157,7
	2020	174,7	229,8	199,4	174,7	229,8	199,4	174,7	229,8	199,4
	2040	185,6	264,6	221,0	185,6	264,6	221,0	185,6	264,6	221,0
Insgesamt	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	108,9	105,7	107,2	110,6	107,3	108,9	109,6	106,4	107,9
	2020	101,2	98,5	99,8	105,1	102,2	103,6	103,9	100,9	102,3
	2040	84,1	84,3	84,2	89,1	89,1	89,1	89,5	89,0	89,2
<i>Quelle:</i> Berechnungen des DIW.										

nigten Geburtenziffern wesentlich höher aus als die ursprünglichen. Dennoch ist auch hier im Trend eine Verringerung der Kinderzahl je Frau zu beobachten.

Insgesamt liegen die Geburtenziffern aber deutlich über denen deutscher Frauen. Nach Altersjahren differenziert, werden von den ausländischen Frauen in den jüngeren und in den älteren Altersjahren bedeutend mehr Kinder geboren als von gleichaltrigen deutschen Frauen: Zum einen ist das Durchschnittsalter bei der Erstgeburt niedriger, zum anderen werden mehr dritte und weitere Kinder geboren.

Für die Vorausberechnung der Geburtenhäufigkeit wird angenommen, daß die Aufenthaltsdauer ausländischer Frauen auch künftig zunehmen wird. Der Anteil der Türiinnen, die unter den Ausländerinnen die höchsten Geburtenziffern haben, wird sich verringern, und die Zahl gemischt-nationaler Ehen wird steigen. Damit wird sich die Zahl der Geburten insbesondere in den jüngeren und älteren Altersjahren verringern, der Rückgang der Geburtenzahlen in den mittleren Altersjahren sich aber ab-

schwächen. Dies führt insgesamt zu einer Veränderung des Geburtenmusters bis zum Jahr 2000. 1995 werden von 1000 ausländischen Frauen 1700 Kinder geboren, etwa 200 weniger als 1987. Damit wird wieder das Geburtsniveau von 1986 erreicht. Bis zum Jahr 2000 wird mit einem weiteren Rückgang auf 1600 Kinder je 1000 Frauen gerechnet. Es wird angenommen, daß sich die dann erreichten Geburtenziffern nicht mehr ändern.

10. Ergebnisse im Überblick

Unter den beschriebenen Voraussetzungen weicht die künftige Bevölkerungsentwicklung deutlich von allen bisherigen Vorausberechnungen ab. In der letzten Bevölkerungsvorausschätzung des DIW wurde noch ein Rückgang der deutschen Einwohnerzahl auf 55 Mill. im Jahr 2000 erwartet. Schon mit dieser Zahl lag das DIW über den Erwartungen anderer Vorausschätzungen¹⁵. Die Än-

¹⁵ Vgl. Zur langfristigen Entwicklung ..., a.a.O., S. 405.

derung der politischen Lage in Mittel- und Osteuropa und die damit verbundenen Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern werden im Jahr 2000 in den Szenarien A und C 59 Mill. Deutsche im Bundesgebiet leben. Im Szenario B ist es eine Million mehr (Tabelle 7). Anschließend wird sich jedoch die Zahl der im Bundesgebiet lebenden Deutschen verringern. Am Ende des Vorausberechnungszeitraumes werden im Szenario A noch 42 Mill. und in den Szenarien B und C 45 Mill. Deutsche im Bundesgebiet leben.

Die Zahl der im Bundesgebiet lebenden Ausländer wird aufgrund der Nettozuwanderungen ständig steigen. Bis zum Jahr 2000 wird die Zahl der ausländischen Bevölkerung um 2,5 Mill. zunehmen. Über die Hälfte davon entfällt auf die kumulierten Wanderungssalden in dieser Zeit. Bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl der Ausländer gegenüber 1987 mehr als verdoppelt haben und bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes um weitere 300 000 steigen.

Bei dieser Vorausberechnung ist die Zahl der jährlichen Einbürgerungen nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren erhielten jährlich rd. 40 000 Personen durch Einbürgerungen die deutsche Staatsangehörigkeit. Legt man diese Zahl auch für den Vorausberechnungszeitraum zugrunde, dann vermindert sich die Zahl der Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit entsprechend auf 6,2 Mill. im Jahr 2000 und auf 7,4 Mill. im Jahr 2040. Entsprechend höher ist dann die Zahl der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Damit steigt die Zahl der Einwohner im Bundesgebiet auf 66 Mill. (Szenario A und C) bzw. 67 Mill. (Szenario B) bis zum Jahresende 2000. Gegenüber 1987 ist dies ein Zuwachs von rund 5 bis 6 Mill. Personen. In den folgenden zehn Jahren geht die Bevölkerungszahl nur leicht zurück. Erst danach kommt es zu einer Beschleunigung des Bevölkerungsrückganges. Für das Jahr 2020 liegen die Ergebnisse für das Bundesgebiet bei 61 Mill. (Szenario A) bzw. 63 Mill. (Szenario B) und für das Jahr 2040 bei 52 bzw. 55 Mill.

11. Veränderungen der Altersstruktur

Die Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen ist insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Krippen, Kindergärten und Schulen von Bedeutung. Die Zahl der Kinder im Krippenalter wird bis zum Jahresende 1995 um 400 000 steigen (Szenario A). Anschließend wird sich die Zahl der Kinder unter 3 Jahren jedoch wieder verringern und im Jahr 2000 1,9 Mill. betragen; dies sind 300 000 Kinder mehr als in der letzten Vorausberechnung erwartet wurde (Tabelle 8).

Im Elementarbereich (3- bis unter 6jährige) sieht die Entwicklung ähnlich aus. Die Zahl der Kinder steigt bis 1995 auf 2,2 Mill., bleibt dann bis zur Jahrtausendwende fast konstant und verringert sich erst in den darauffol-

genden zehn Jahren in einem stärkeren Ausmaß. Für das Jahr 2000 liegen auch hier die Ergebnisse um 0,3 Mill. über denen der letzten Vorausberechnung.

Nach dem Mikrozensus 1987 besuchten von den 3 bis unter 6 Jahre alten Kindern 63 vH einen Kindergarten. Aufgrund der auch weiterhin steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen und der immer kürzer werdenden Unterbrechungsphase der Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes dürfte sich der Anteil der Kinder erhöhen, für die ein Kindergartenplatz oder eine Unterbringung in ähnlichen Einrichtungen gewünscht wird. Damit dürfte der Bedarf an Kindergartenplätzen in den nächsten Jahren verhältnismäßig stärker zunehmen als die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe. Unterstellt man, daß im Jahr 2000 für drei von vier Kindern ein Kindergartenplatz benötigt wird, dann ist gegenüber 1987 mit einer Zunahme des Bedarfs um 0,5 Mill. (Szenarien A und B) bzw. 0,6 Mill. (Szenario C) Kindergartenplätze bis 2000 zu rechnen.

Die Zuwanderung von jungen Familien aus der DDR im Jahr 1989 und die künftig erwarteten Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern wirken sich auch auf die Schülerzahlen aus. Die Zahl der 6- bis unter 10jährigen wird bis zur Jahrtausendwende um 0,6 (Szenario A) bzw. 0,7 Mill. (Szenarien B und C) zunehmen. Erst im Jahr 2010 wird wieder die Zahl der Grundschüler aus dem Jahr 1987 erreicht; bei höheren Geburtenzahlen liegt die Zahl jedoch auch noch zu diesem Zeitpunkt über dem Ausgangswert. Im Jahr 2040 wird die Zahl der Schüler bei 1,6 Mill. (Szenario A) bzw. 1,9 Mill. (Szenario C) liegen.

Die Zahl der Schüler im Sekundarbereich I (10- bis 16jährige) wird bis ins nächste Jahrtausend hinein steigen; bis zum Jahr 2000 um 0,3 bis 0,4 Mill. und bis zum Jahr 2010 um weitere 100 000 (Szenarien A und B). Die höheren Geburtenzahlen im Szenario C führen nach der Jahrtausendwende zu einer deutlich stärkeren Zunahme bis auf 4,4 Mill. im Jahr 2010. Gegenüber 1987 ist dies ein Anstieg um 0,7 Mill. Erst nach dem Jahr 2010 ist auch hier mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen.

Im Sekundarbereich II (16- bis 19jährige) verringert sich die Zahl der Personen bis zum Jahr 2000 um 700 000 bzw. rund 30 vH. Im folgenden Zehnjahresabschnitt steigt die Zahl dieser Personen zwar wieder; es wird aber nicht mehr das Niveau von 1987 erreicht. Im Jahr 2040 werden noch 1,5 bis 1,7 Mill. Personen dieser Altersgruppe angehören. Auch die Zahl der Personen im Alter von 19 bis unter 26 Jahren (Tertiärer Bereich) wird bis zum Ende dieses Jahrtausends deutlich — um 2,7 bis 2,8 Mill. — abnehmen. Im Jahre 2040 wird sich die Personenzahl des tertiären Bereichs gegenüber dem 1987er Niveau sogar halbiert haben.

Die Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen läßt nur für einige Altersgruppen (Schulpflicht) auf die künftige Inanspruchnahme von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen schließen. Hinzu kommen Verhal-

Tabelle 8

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in ausgewählten Altersgruppen

Altersgruppen	1970	1987	Szenario A					Szenario B					Szenario C				
			2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040
	Mill. Personen																
0 bis unter 3	2,6	1,8	1,9	1,4	1,5	1,3	1,1	2,0	1,5	1,6	1,4	1,2	2,1	1,6	1,7	1,6	1,3
Elementarbereich 3 bis unter 6	3,0	1,8	2,1	1,5	1,5	1,4	1,1	2,1	1,6	1,5	1,5	1,2	2,2	1,7	1,6	1,6	1,3
Primärbereich 6 bis unter 10	4,0	2,3	2,9	2,3	1,9	2,0	1,6	3,0	2,3	2,0	2,1	1,7	3,0	2,5	2,1	2,3	1,9
Sekundärbereich I 10 bis unter 16	5,3	3,7	4,0	4,1	3,0	3,0	2,7	4,1	4,2	3,1	3,1	2,9	4,0	4,4	3,3	3,3	3,2
Sekundärbereich II 16 bis unter 19	2,4	2,6	1,9	2,2	1,7	1,4	1,5	2,0	2,3	1,8	1,5	1,6	1,9	2,3	1,8	1,6	1,7
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	5,4	7,4	4,6	5,0	4,9	3,6	3,6	4,7	5,1	5,1	3,8	3,8	4,6	5,0	5,2	3,9	4,0
unter 20	18,1	13,3	13,6	12,2	10,1	9,6	8,6	13,8	12,6	10,6	10,2	9,1	14,0	13,2	11,2	11,0	10,1
20 bis unter 60	31,1	35,2	36,8	35,1	32,9	27,0	24,7	37,4	36,2	34,3	28,6	26,3	36,8	35,1	33,3	28,0	26,2
60 und älter	11,8	12,7	15,3	16,9	18,1	20,3	18,3	15,5	17,2	18,6	20,9	19,2	15,3	16,9	18,1	20,3	18,3
80 und älter	1,1	2,2	2,2	3,0	3,7	3,5	3,9	2,2	3,0	3,7	3,6	4,0	2,2	3,0	3,7	3,5	3,9
Insgesamt	61,0	61,2	65,7	64,2	61,1	56,9	51,6	66,7	66,0	63,4	59,7	54,6	66,1	65,2	62,7	59,2	54,6
	Struktur in vH																
0 bis unter 3	4,3	2,9	2,9	2,2	2,4	2,3	2,1	2,9	2,2	2,4	2,3	2,1	3,1	2,4	2,7	2,6	2,4
Elementarbereich 3 bis unter 6	4,9	2,9	3,2	2,3	2,4	2,5	2,2	3,2	2,4	2,4	2,5	2,2	3,4	2,5	2,6	2,8	2,5
Primärbereich 6 bis unter 10	6,6	3,8	4,4	3,5	3,1	3,5	3,1	4,4	3,6	3,2	3,5	3,2	4,6	3,8	3,4	3,8	3,5
Sekundärbereich I 10 bis unter 16	8,6	6,1	6,1	6,4	4,9	5,2	5,3	6,2	6,4	4,9	5,3	5,4	6,1	6,7	5,2	5,6	5,9
Sekundärbereich II 16 bis unter 19	4,0	4,3	3,0	3,4	2,8	2,5	2,9	3,0	3,4	2,8	2,6	2,9	2,9	3,5	2,9	2,7	3,1
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	8,8	12,1	7,0	7,8	8,0	6,3	6,9	7,0	7,8	8,0	6,4	7,0	7,0	7,7	8,3	6,7	7,4
unter 20	29,7	21,8	20,7	19,0	16,6	16,9	16,6	20,7	19,2	16,7	17,0	16,7	21,2	20,2	17,9	18,5	18,5
20 bis unter 60	50,9	57,5	56,0	54,7	53,8	47,5	47,8	56,1	54,8	54,0	47,9	48,2	55,6	53,9	53,1	47,2	48,0
60 und älter	19,3	20,7	23,4	26,3	29,7	35,7	35,6	23,2	26,0	29,3	35,1	35,1	23,2	25,9	28,9	34,3	33,6
80 und älter	1,9	3,5	3,3	4,6	6,0	6,1	7,5	3,3	4,6	5,9	6,0	7,4	3,3	4,6	5,8	5,9	7,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des DIW.

tensänderungen, die in den letzten Jahren besonders in der steigenden Zahl der Studienanfänger augenfällig wurden.

Von den 16- bis unter 19jährigen Personen besuchten 1986 über 90 vH eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Im Zeitraum 1970 bis 1986 ist die Bildungsbeteiligung in dieser Altersgruppe ständig gestiegen; der Trend hat sich aber in den letzten Jahren abgeschwächt¹⁶. Unterstellt man eine Zunahme der Bildungsbeteiligung auf 95 vH bis zum Jahr 2000, dann verringert sich die Schülerzahl in diesem Bereich um 0,6 Mill.

Auch in dieser Altersgruppe der 19- bis 26jährigen ist die Bildungsbeteiligung in der Vergangenheit ständig gestiegen. Zugenommen hat insbesondere der Anteil derjenigen, die eine Hochschule besuchen. 1986 studierten 12 vH der Personen dieser Altersgruppe an einer Hochschule. Würde man diese Quote auch für das Jahr 2000 zugrunde legen, würde sich die Zahl der Studierenden im Szenario A gegenüber 1987 um knapp 40 vH verringern. Aber schon bei einer um ein Fünftel höheren Studierquote fällt der Rückgang wesentlich geringer aus (26 vH).

Deutliche Veränderungen ergeben sich auch für den Arbeitsmarkt. Angesichts der verstärkten Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter wird die Zahl der Erwerbsfähigen (20 bis unter 60 Jahre) bis zur Mitte der neunziger Jahre auf 38 Mill. steigen; das sind 3 Mill. mehr als 1987. Erst um das Jahr 2010 wird die erwerbsfähige Bevölkerung wieder das Niveau von 1987 erreichen (Szenario A). Bis zum Jahr 2040 verringert sich die Zahl der Erwerbsfähigen um gut 10 Mill.

Die im Szenario B unterstellten höheren Zuwanderungen vermindern den Rückgang der Zahl der 20- bis unter 60jährigen Personen nach 1995. Bei diesem Szenario werden im Jahr 2010 eine Mill. Personen mehr dieser Altersgruppe angehören als im Szenario A; im Jahr 2040 sind es sogar 1,6 Mill. Auch die höheren Geburtenzahlen des Szenarios C führen im Jahr 2040 zu ähnlichen Ergebnissen, die geburtenbedingte Niveauerhöhung wird jedoch erst nach 2010 merklich.

Die Zahl der Erwerbsfähigen liefert allerdings nur grobe Anhaltspunkte über die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen. Die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen hängt vom Erwerbsverhalten ab, das von der ständig steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen geprägt wird. Diese Entwicklung hat sich bisher weitgehend unabhängig von der Höhe der Arbeitslosigkeit und der konjunkturellen Entwicklung vollzogen.

Nach dem Mikrozensus 1987 waren nach eigenen Angaben 85 vH der Männer im Alter von 20 bis unter 60 Jahren erwerbstätig bzw. ungewollt erwerbslos, von den Frauen waren es 61 vH. Während die Erwerbsbeteiligung der Männer von 1970 bis 1987 um 10 Prozentpunkte zurückging, ist die der Frauen um 12 Prozentpunkte gestiegen.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der DDR ist weit höher als die der Frauen im Bundesgebiet. Auch bei den Aussiedlerinnen liegt die Erwerbsbeteiligung etwas über dem im Bundesdurchschnitt. Unterstellt man, daß sich das Erwerbsverhalten der aus- und übergesiedelten Frauen nicht gravierend ändert, dann wird sich allein schon deshalb die Erwerbsquote der Frauen im Bundesgebiet erhöhen. Die Auswirkungen einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen sei hier an einem Beispiel erläutert. Unterstellt man, daß die Erwerbsquote der Frauen bis zum Jahr 2000 auf 75 vH steigt und die der Männer konstant bleibt, dann würden 29,4 Mill. Personen der Altersgruppe 20 bis unter 60 Jahren zu den Erwerbspersonen gehören. Das wären 2,6 Mill. Personen mehr als bei einer konstanten Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Zahl der Erwerbspersonen würde nach diesen Annahmen erst nach dem Jahr 2020 unter das Niveau von 1987 sinken. Dennoch würde auch eine solche Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen langfristig den Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen nicht aufhalten können. Im Jahr 2040 wäre die Zahl der Erwerbspersonen gegenüber 1987 um 6 Mill. geringer.

Die Zahl der Erwerbspersonen wird sich künftig auch durch die Heraufsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Altersruhegeldes verändern. Nach dem Rentenreformgesetz 1992 soll vom Jahr 2000 an die Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn stufenweise heraufgesetzt werden. Vom Jahr 2018 an werden Frauen erst mit 65 Jahren (ohne Kürzung der Rente) in den Ruhestand gehen können. Für Männer gilt dies wegen der schon jetzt höheren Altersgrenze bereits vom Jahr 2009 an.

Nach dem Mikrozensus 1987 waren 34 vH der Männer im Alter von 60 bis unter 65 Jahren erwerbstätig; 6 vH davon bezogen gleichzeitig eine Rente. Von den Frauen dieser Altersgruppe waren 11 vH erwerbstätig, und 9 vH bezogen gleichzeitig eine Rente. Die relativ geringe Erwerbsbeteiligung der Männer ist zum größten Teil auf die in diesem Alter recht häufige Erwerbsunfähigkeit zurückzuführen.

Auch bei einer Heraufsetzung der Altersgrenze werden somit nicht alle 60- bis unter 65jährigen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unterstellt man beispielsweise, daß sich die Erwerbsbeteiligung der Männer in dieser Altersklasse vom Jahr 2010 an auf 50 vH und die der Frauen vom Jahr 2015 an auf 35 vH erhöht, dann beträgt die Zahl der 60- bis unter 65jährigen Erwerbspersonen im Jahr 2020 1,9 Mill. Dies sind 0,8 Mill. Personen mehr als bei der gegenwärtigen Erwerbsbeteiligung.

Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Heraufsetzung der Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn würden zusammen im Jahr 2020 zu einer um 3 Mill. höheren Zahl von Erwerbspersonen führen. Anschließend kann jedoch der demographisch bedingte

¹⁶ Vgl. auch Bildungsbeteiligung stieg weiter. Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/88, S. 609 ff.

Tabelle 9

Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen
Ergebnisse des Mikrozensus 1987
in vH

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbspersonen						Nichterwerbspersonen					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	Erwerbs- quote ¹⁾	überwiegender Unterhalt		Erwerbs- quote ¹⁾	überwiegender Unterhalt		Nicht- erwerbs- quote ⁴⁾	überwiegender Unterhalt		Nicht- erwerbs- quote ⁴⁾	überwiegender Unterhalt	
		Rente ²⁾	Angehörige ³⁾		Rente ²⁾	Angehörige ³⁾		Rente ⁵⁾	Angehörige ⁶⁾		Rente ⁵⁾	Angehörige ⁶⁾
0 — 15	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	3,1	96,9	100,0	2,9	97,1
15 — 20	45,2	1,5	29,9	39,6	2,1	31,5	54,8	2,0	52,8	60,4	2,3	58,1
20 — 25	81,5	1,3	5,5	75,0	2,2	8,7	18,5	3,6	14,9	25,0	4,0	21,0
25 — 35	91,3	1,6	1,7	64,8	2,4	10,3	8,7	2,8	5,8	35,2	3,1	32,1
35 — 45	97,5	1,3	0,7	62,8	1,7	13,4	2,5	1,8	0,7	37,2	2,5	34,7
45 — 55	94,9	1,2	0,5	55,5	2,1	12,5	5,1	4,6	0,5	44,5	5,5	39,1
55 — 60	79,9	2,3	0,5	40,3	2,1	10,7	20,1	19,3	0,9	59,7	16,8	42,9
60 — 65	34,3	6,1	0,0	11,4	9,2	8,7	65,7	64,3	1,5	88,6	51,7	36,9
65 u. ä.	5,0	42,9	0,0	2,0	38,6	9,4	95,0	93,7	1,3	98,0	81,0	17,0

1) Erwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl in den Altersgruppen. — 2) Personen mit überwiegendem Unterhalt aus Rentenzahlungen an der Zahl der jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. — 3) Personen mit überwiegendem Unterhalt durch Angehörige an den jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. — 4) Nichterwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. — 5) Personen mit überwiegendem Unterhalt aus Rentenzahlungen an der jeweiligen Bevölkerungszahl in den Altersgruppen. — 6) Personen mit überwiegendem Unterhalt durch Angehörige an der jeweiligen Bevölkerungszahl in den Altersgruppen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Rückgang der Erwerbspersonenzahl nicht durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung aufgehoben werden. Gegenüber 1987 wäre auch hier mit einer Verringerung um rund 5 Mill. bis zum Jahr 2040 zu rechnen.

Während sich sowohl die Zahl der Jugendlichen als auch die der Erwerbsfähigen langfristig verringern wird, steigt die Zahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, noch bis über das Jahr 2030. Im Jahr 2030 werden über 20 Mill. Personen dieser Altersgruppe angehören; dies bedeutet einen Anstieg um knapp 8 Mill. bzw. 60 vH gegenüber 1987 (Szenario A). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird dann auf 36 vH angewachsen sein. Auch bei einer höheren Zuwanderung wird der Anteil der 60 Jahre und älteren Personen im gleichen Maße steigen. Gegenüber dem Szenario A werden 0,6 Mill. (2030) bzw. 0,9 Mill. Personen (2040) mehr dieser Altersgruppe angehören.

Die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden Auswirkungen auf die Rentenversicherung haben. Die Zunahme der Zahl der älteren Personen wird sich in einer Erhöhung der Zahl der Rentenbezieher niederschlagen. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen wird damit eine stärkere Belastung der aktiven Bevölkerung mit Beiträgen für die Rentenversicherung unvermeidbar. Wie aus Tabelle 9 ersichtlich wird, bezog nach dem Mikrozensus 1987 schon ein beachtlicher Teil der Personen vor dem normalen Ruhestandsbeginn eine Rente. Auch bei einer Heraufsetzung

der Altersgrenze wird der Bezug einer Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit nicht drastisch zurückgehen. Hinzu kommt, daß die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Längsschnittbetrachtung zu einer Erhöhung der Rentenansprüche führen wird. Hier wird vereinfachend unterstellt, daß vom Jahr 2010 an

— 50 vH der Männer im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und 95 vH der Männer im Alter von 65 Jahren und darüber

— und vom Jahr 2015 an 50 vH der Frauen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und 90 vH der Frauen im Alter von 65 Jahren und darüber

eine Rente beziehen. Die Zahl der Rentner würde dann beim Szenario A im Jahr 2020 knapp 15 Mill. betragen und bis zum Jahr 2030 auf rund 17 Mill. steigen. Bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen wären dies dann 70 vH.

Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Heraufsetzung der Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn verringert in diesem Beispiel den Altenquotienten (Rentner bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen) um zehn Prozentpunkte für den hier betrachteten Zeitraum von 2020 an. In den öffentlichen Diskussionen wurde bislang häufig damit gerechnet, daß um das Jahr 2030 herum ein Erwerbstätiger für einen Rentenbezieher aufkommen muß. Zu einer solchen Relation von eins zu eins kommt es nach diesem Beispiel nicht. Damit wären die Einkommensanteile, die die erwerbsfähige Bevölke-

rung für die Versorgung der nicht mehr Erwerbsfähigen aufbringen muß, geringer, als dies in der sozialpolitischen Diskussion häufig angenommen wird. Dennoch gibt dieses Beispiel nur einen groben Überblick über die möglichen Entlastungswirkungen. Detaillierte Analysen der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie der Auswirkungen einer Heraufsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Altersruhegeldes werden zur Zeit durchgeführt. Eine Veröffentlichung zu diesem Themenkreis ist noch für dieses Jahr geplant.

Die Zunahme der Zahl älterer Personen wird im Bereich der Altenpflege zu einer Kapazitätsausweitung führen müssen. Nimmt man allein die Zahl der 80 Jahre und älteren Personen als Maßstab für die häufiger pflegebedürftige Personengruppe, dann ist gegenüber 1987 mit einer Zunahme um 1,7 Mill. Personen bzw. um knapp 80 vH bis zum Jahr 2040 zu rechnen. Schon aus diesen Zahlen wird der Handlungsbedarf im Bereich der Altenpflege deutlich. Beim Szenario B steigt die Zahl der 80 Jahre und älteren Personen sogar um 1,8 Mill.